

Entschließungsantrag

der Abgeordneten Dr. Diether Dehm, Andrej Hunko, Alexander Ulrich, Wolfgang Gehrcke, Klaus Ernst, Michael Schlecht, Dr. Sahra Wagenknecht und der Fraktion DIE LINKE.

zu der Abgabe einer Regierungserklärung durch die Bundeskanzlerin

zum Europäischen Rat am 18./19. Dezember 2014 in Brüssel

Der Bundestag wolle beschließen:

I. Der Deutsche Bundestag stellt fest:

Auf der Tagung des Europäischen Rates wird die Beratung über die von EU-Kommissionspräsident Jean-Claude Juncker am 26. November 2014 vorgestellte „Investitionsoffensive für Europa“ (KOM(2014)903 endg.) ein Schwerpunktthema sein. Bereits im Sommer hatte Juncker ein Investitionspaket von 300 Mrd. Euro angekündigt. Dieses Paket, eine Liste möglicher Investitionsprojekte und ein Bericht zu Investitionshindernissen, den eine Task Force unter Leitung von EU-Kommission und Europäischer Investitionsbank (EIB) erstellte, liegt nun vor. Mit der Initiative sollen dringend benötigte Investitionen ermöglicht und dadurch die schleppende Wirtschaftsentwicklung in der EU belebt werden.

Junckers „Investitionsoffensive“ setzt jedoch weder an den Ursachen der schwachen Investitionstätigkeit an, noch leitet sie den nötigen wirtschaftspolitischen Kurswechsel ein: Der Rückgang öffentlicher und auch privater Investitionen liegt wesentlich in den Kürzungsprogrammen im Zuge der EU-Krisenpolitik sowie der Troika-Regime in den „Krisenländern“ begründet: öffentliche Ausgaben, Aufträge und Investitionen wurden massiv zurückgefahren, Stellen gestrichen, Löhne und Sozialleistungen gekürzt – mit den bekannten negativen Folgen für Binnennachfrage und Konjunkturentwicklung. Dies drückt auch auf die private Investitionstätigkeit. Vor dem Hintergrund ist die EZB an ihre Grenzen gestoßen, mit expansiver Geldpolitik zur Konjunkturbelebung beizutragen. Besonders private Akteure scheuen aufgrund hoher Risiken und geringer Renditeerwartungen vor Investitionen in die Realwirtschaft – trotz niedrigster Zinsen. So wächst die Gefahr einer Deflation. Voraussetzung einer wirksamen Wirtschafts- und Investitionsförderung ist somit die Beendigung der Kürzungspolitik.

Bedingt durch die Krise und die verfehlte Krisenpolitik in der EU liegt aktuell die Summe der Investitionen um 15 Prozent unter Vorkrisenniveau. Um diese Investitionslücke zu schließen ist ein breit angelegtes öffentliches Investitionsprogramm nötig, das Investitionen zielgenau und zukunftsorientiert einsetzt:

u. a. zum Infrastrukturausbau, zur Umsetzung sozial-ökologischer Ziele und Maßnahmen der Beschäftigungsförderung sowie für Bildung und Forschung.

Obleich viele Details der „Investitionsoffensive“ zur Ausgestaltung des geplanten Europäischen Fonds für Strategische Investitionen (EFSI) und zu den angekündigten Maßnahmen zur Beseitigung von Investitionshemmnissen noch nicht endgültig ausgearbeitet sind, zeichnet sich deutlich ab, dass die EU-Kommission einen anderen Weg einschlägt: Der EFSI soll von 2015 bis 2017 private Investitionen im Umfang von mindestens 315 Mrd. Euro mobilisieren, indem Garantien und Beiträge aus der EIB und dem EU-Haushalt gehebelt werden. „Frisches Geld“ wird es nicht geben. Durch die Konstruktion des EFSI besteht darüber hinaus die Gefahr, dass die öffentliche Hand einseitig die Investitionsrisiken trägt, während private Investoren die Gewinne einfahren. Die „Investitionsoffensive“ ist ausdrücklich in den Dreiklang strategischer Ziele eingebettet, die Juncker in seinen „Politischen Leitlinien“ formuliert hat: Fortsetzung der Haushaltskonsolidierung (der Kürzungspolitik) und der (marktradikalen) Strukturreformen sowie Maßnahmen zur privaten Investitionsförderung. Sie ist daher nicht geeignet, die Investitionslücke in der EU wirtschaftlich, sozial und ökologisch nachhaltig zu schließen.

II. Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf,

sich im Europäischen Rat dafür einzusetzen, dass

1. die von der EU-Kommission vorgelegten Pläne zur „Investitionsoffensive“ zurückgezogen und einer grundlegenden Revision unterzogen werden;
2. die wachstumshemmende und unsoziale Kürzungspolitik im Rahmen des Stabilitäts- und Wachstumspakts beendet wird und stattdessen ein EU-weit koordiniertes öffentliches, sozial-ökologisches Zukunftsinvestitionsprogramm aufgelegt wird, das insbesondere den sozial-ökologischen Umbau befördert, den Ausbau leistungsfähiger öffentlicher Infrastrukturen ermöglicht und die Arbeitslosigkeit abzubauen hilft;
3. die öffentliche Kreditaufnahme aus der Abhängigkeit der Finanzmärkte befreit wird, indem eine öffentliche Bank eingerichtet wird, die zu den Konditionen der EZB in einem festgelegten Rahmen günstig Kredite an die Staaten vergibt;
4. dass auf EU-Ebene wirksame Maßnahmen zur Bekämpfung von Steuerhinterziehung und Steuervermeidung durch Unternehmen und Vermögende ergriffen werden und der schädliche Steuerwettbewerb zwischen den EU-Staaten beendet wird;
5. in dem Zusammenhang eine fiskalpolitische Koordinierung eingeleitet wird, die die Staatseinnahmen auf hohem Niveau stabilisiert, öffentliche Investitionen und leistungsfähige öffentliche Daseinsvorsorge finanziert sowie EU-weit die Lebensstandards der Bevölkerung erhöht. Dazu gehören unter anderem die Einführung von EU-weit koordinierten Mindeststeuersätzen für Unternehmen bei breiten Bemessungsgrundlagen, eine EU-weit koordinierte Vermögensabgabe, eine koordinierte, stärkere Besteuerung von Spitzeneinkommen, Vermögen und Kapitalerträgen;
6. eine wirtschaftspolitische Koordinierung eingeleitet wird, die die souveränen Gestaltungsmöglichkeiten der EU-Mitgliedstaaten nicht schmälert und die Lebensstandards der Menschen in der EU verbessert. Dazu gehören unter anderem soziale Mindeststandards auf hohem Niveau, EU-weit koordinierte Mindestlöhne, die mindestens 60 Prozent des nationalen Durchschnittslohns betragen und antizyklisch wirken, indem sie nicht sinken dür-

fen, sowie die Einführung einer sozialen Fortschrittsklausel in die EU-Verträge;

7. die EU-Verträge einer grundlegenden Revision unterzogen werden, um auf diesem Weg einen Neustart für ein demokratisches, soziales und friedliches Europa zu ermöglichen.

Berlin, den 16. Dezember 2014

Dr. Gregor Gysi und Fraktion

